

Hospental | Einwohnergemeinde bestimmt über Budget, Gebühren und personelle Wechsel

Hospental beschliesst Budget und höhere Tourismusegebühren

Simon Wegmüller

Am vergangenen Donnerstag, 31. Oktober, fand in Hospental die diesjährige Gemeindeversammlung statt, bei der wichtige Themen wie das Budget 2025, die Erhöhung der Tourismusegebühr und verschiedene Wahlen auf der Traktandenliste standen. Unter dem Vorsitz von Gemeindepräsident Rolf Tresch versammelten sich insgesamt 19 stimmberechtigte Einwohner.

Budget 2025 verabschiedet

Ein zentraler Punkt der Versammlung war die Genehmigung des Budgets für das kommende Jahr, das bei einem Gesamtaufwand von fast 1,15 Millionen Franken und einem Gesamtertrag von 983'950 Franken ein Defizit von 163'000 Franken vorsieht. Es wurde einstimmig genehmigt. Der Gemeinderat betonte die Bedeutung einer kontinuierlichen Überprüfung der Finanzlage, insbesondere angesichts der Herausforderungen, die durch sinkende Einnahmen aus der Grundstücksgewinnsteuer entstehen. Der Steuerfuss bleibt für 2025 unverändert bei 95 Prozent, ebenso der Kapitalsteuersatz für juristische Personen bei 2,4 Promille.

Mit grossem Mehr wurde ein Antrag von Landrat Bruno Christen gutgeheissen, einen Beitrag von 4000 Franken zur Initiative «MyBuxi» nur dann zu genehmigen, wenn alle betroffenen Gemeinden des Urner Oberlandes und des Ur-

serentales einen Beitrag zur Finanzierung leisten und die Garantie seitens MyBuxi vorliegt, dass alle Fahrgäste die gleichen Konditionen wie die Mitarbeiter der Andermatt Swiss Alps AG erhalten.

Wechsel in Baukommission und Gemeinderat

Im Bereich der Wahlen wurde Tiziano Fry einstimmig in der Baukommission wiedergewählt, während Remo Degonda die Demission von Marianne Schmid in dieser Funktion ersetzen wird. In der Rechnungsprüfungskommission wurden Carmen Bundi, Josef Benet und Gregor Regli in ihren Ämtern bestätigt.

Für die bevorstehenden Urnenwahlen am 24. November stehen mehrere Gemeinderatsmitglieder zur Wiederwahl, darunter Gemeindepräsident Rolf Tresch, Aldo Senn, Lorena Christen und Barbara Russi. Remo Degonda hingegen hat seine Demission angekündigt und wird an der Gemeindeversammlung im Frühjahr 2025 offiziell verabschiedet. Für den frei werdenden Sitz wird Benjamin Monn als Nachfolger vorgeschlagen. Ebenso steht Jordana Degonda für eine Wiederwahl im Kreisschulrat Ursern zur Verfügung.

«Wenn eine Person im Gemeinderat demissioniert, ist es so, dass man eine nahtlose Übergabe macht und sicher noch in den ersten vier Monaten beim vorherigen Amtsinhaber Hilfe holen kann», erklärte Gemeindepräsident Rolf Tresch. «Auch der bestehende Ge-

meinderat wird die neu gewählte Person unterstützen und helfen, damit diese möglichst schnell eingeführt wird.»

Gemeinde stimmt für Angleich der Tourismusegebühren

Ein zentraler Punkt der Gemeindeversammlung war die geplante Erhöhung der Gebühren für Zweitwohnungen, Ferienwohnungen und Ferienhäuser in Andermatt, Hospental und Realp. Da die Preistrukturen und die Marktpositionen in den drei Gemeinden unterschiedlich sind, galten bisher auch unterschiedliche Gebührenehöhen. «Die Tourismusegebühren werden angepasst, weil es der heutigen Zeit

entspricht», so Rolf Tresch. «Die Abgaben waren bisher niedriger, weil die Zweit- und Ferienwohnungsbesitzer nicht von allem profitierten, was in Andermatt angeboten wurde. Das hat sich jedoch geändert. Andermatt liegt bei 100 Prozent, in Hospental und Realp wurde daher beschlossen, eine Anpassung auf 80 Prozent vorzunehmen, da auch vieles teurer wurde.» Die Erhöhung tritt jedoch erst in Kraft, wenn die anderen Gemeinden (Andermatt und Realp) ebenfalls zustimmen. Die Berechnungsgrundlage bleibt dabei unverändert und orientiert sich an der Nettowohnfläche der jeweiligen Immobilien, unabhängig

von deren privater oder gewerblicher Nutzung. Der Tarif beträgt weiterhin 14 Franken pro Quadratmeter und Jahr. Der Antrag des Gemeinderates zur Gebührenerhöhung wurde von den Anwesenden grossmehrheitlich angenommen.

Verschiedenes - von Vandalismus bis Fernwärme

Unter «Verschiedenes» wurden mehrere Anliegen der Bürgerschaft diskutiert, darunter die zunehmende illegale Entsorgung von Gartenabfällen und Vandalismus am St. Annawald. Die Gemeinde plant, die Bevölkerung stärker für die Problematik zu sensibilisieren, und ruft dazu auf, Vorfälle zu melden. Hospental plant zudem, die Abwärme aus dem Gotthard-Strassentunnel künftig für Heizzwecke zu nutzen. Momentan befindet sich das Projekt in der Planungsphase, und die Suche nach geeigneten Lösungen ist im Gange, wie Gemeindepräsident Rolf Tresch an der Gemeindeversammlung erklärte. Die Gemeinde hat ein Gesuch um kantonale Fördermittel eingereicht und prüft weitere Finanzierungsoptionen. Auch ein Thema war das wilde Campieren im Tal, das eigentlich durchgehend verboten ist. Allerdings fehlen aktuell die rechtlichen Grundlagen für die Verhängung von Bussen, wie Rolf Tresch betonte. Die Gemeinde arbeitet jedoch an einer Regelung, um hier künftig klare Strukturen zu schaffen. Zudem soll der Skibus-Fahrplan bis zur Wintersaison 2026/27 optimiert werden.



An der Gemeindeversammlung wurden wichtige Beschlüsse wie das Budget 2025 und die Anpassung der Tourismusegebühren gefasst. FOTO: ARCHIV UW

GV | Zaku

Budget genehmigt

Am Montag, 4. November, fand die Generalversammlung der Zentralen Organisation für Abfallbewirtschaftung im Kanton Uri (Zaku) statt. Die Aktionärsvertretungen genehmigten das Budget für 2025 einstimmig, welches einen Jahresgewinn von 177'596 Franken vorsieht. Auch die vorgeschlagenen Anpassungen der Statuten wurden ohne Gegenstimme verabschiedet. Zum Jahreswechsel wird Thomas Gisler die Geschäftsleitung von Edi Schilter übernehmen. Er stellte sich bei den Anwesenden vor und drückte seine Freude über die neue Aufgabe aus. Edi Schilter wird ihn noch bis Ende Mai 2025 in reduziertem Pensum in beratender Funktion begleiten.

Hanspeter Bonetti, Verwaltungsrat und Bauchef, informierte über den Fortschritt bei der Optimierung der Aufbereitungs- und Logistikanlage der Deponie. Die Umbauten stehen kurz vor dem Abschluss, und die Inbetriebnahme der neuen Anlage ist für Mitte November geplant. Die Massnahmen sollen zu einer Reduktion der Staubemissionen und einer verbesserten Metallrückgewinnung beitragen.

Marc Rothenfluh, Präsident der Zaku, erläuterte die aktuellen Entwicklungen bei der Grünabfall- und Kartonsammlung. Ab 2025 entfällt die Anmeldungspflicht für Grünabfallbehälter. Die Sammlung bleibt weiterhin kostenlos. Für die Kartonsammlung wird das bestehende Angebot beibehalten, jedoch prüft die Zaku die Einführung von Presscontainern im Urner Oberland und den Seitentälern. (sw)

Mitgliederversammlung | Abstimmungsparolen

JGLP Uri beschliesst ein klares Nein zur Isleten-Initiative

Am Mittwoch, 30. Oktober, trafen sich die Mitglieder der JGLP Uri im Restaurant Zum Schwarzen Löwen in Altdorf zur Mitgliederversammlung. Vizepräsidentin Loa Wild begrüßte die anwesenden Mitglieder und warf gleich zu Beginn einen Blick zurück auf die Politour am BWZ Uri, wo die JGLP Uri die Woche zuvor mit ihrem Präsidenten Noel Baumann vertreten war. Er stellte den anwesenden Schülerinnen und Schülern die Partei, ihre Werte und Themen vor.

Viermal Nein und einmal Ja

Im Fokus der Mitgliederversammlung stand die Fassung der Parolen für den Abstimmungssonntag vom 24. November, heisst es in einer Medienmitteilung der Partei. Der Vorstand stellte den anwesenden

Mitgliedern die einzelnen Vorlagen vor, bevor über die Themen in der Runde diskutiert wurde. Begonnen wurde gleich mit der Isleten-Initiative der Grünen. Schnell kristallisierte sich heraus, dass man sich in dieser Runde einig war. «Nicht nur verhindert die Initiative heute innovative Lösungen, durch ihre rigide Natur würde sie das auch langfristige tun», wird Loa Wild in der Mitteilung zitiert. Sie ergänzte ausserdem, dass bereits heute die relevanten demokratischen Kontrollinstrumente vorhanden seien für eine angemessene, lösungsorientierte Einflussnahme. So folgte die Jungpartei ihrer Mutterpartei und lehnte die Initiative einstimmig ab. Als Nächstes wurde über den Ausbau der Nationalstrassen diskutiert. Auch hier wurde die Nein-Parole gefasst, da man vor allem befürchtete, dass bei einer Annahme der Verkehr in Zukunft weiter zunehmen werde. Auch die beiden anderen Vorlagen zur Untermiete und der Kündigung wegen Eigenbedarfs lehnten die Mitglieder ab. Einzig über die letzte Vorlage betreffend der einheitlichen Finanzierung der Gesundheitsleistungen befanden die Mitglieder einstimmig die Ja-Parole.

Neues Vorstandsmitglied

Zuletzt wurde die Nachfolge der Urner Vertretung im Vorstand der JGLP Schweiz gewählt, da mit der Wahl von Loa Wild ins Vizepräsidium der nationalen Jungpartei dieser Platz frei wurde. Zur Wahl stellte sich Matteo Balli aus Altdorf, welcher einstimmig gewählt wurde. (UW)

Verkehr | Autobahnausbau

VCS Uri empfiehlt ein Nein zum Autobahnausbau

Für 5,3 Milliarden Franken will der Bund das Nationalstrassennetz weiter ausbauen. Unter den fünf Projekten liegen zwei an den nördlichen Eingangstoren zum Gotthard. In Schaffhausen soll der Fäsenstaubtunnel der A4 eine zweite Röhre erhalten, in Basel ist für die A2 ein Rheintunnel zwischen Muttenz und der Grenheide zu Deutschland geplant. Damit werde der Zulauf zum Gotthard erleichtert, heisst es in einer Medienmitteilung.

Der Verkehr durch Uri werde verstärkt und dadurch werde auch der Ausweichverkehr durch die Dörfer zunehmen. Die fünf Ausbauprojekte verschlingen zudem viel wertvolles Kulturland, heisst es weiter. Die Landwirtschaft komme weiter unter Druck. Hinzu komme der indirekte Landverbrauch: Denn der Autobahnausbau führe auch zu mehr Kantons- und Gemeindestrassen und mehr Parkplätzen. Die Asphaltierung der Schweiz werde weiter angeheizt. Der Aus-

bau erfolge gegen den Willen der direkt betroffenen Bevölkerung. Sowohl in Basel und Bern als auch in St. Gallen und Schaffhausen haben sich Behörden und Parlamente gegen die Pläne des Bundes gewehrt. Doch das Bundesamt für Strassen Astra plane ohne Rücksicht auf den Willen der lokalen Bevölkerung weitere Ausbauten. Der VCS Uri empfiehlt der Urner Bevölkerung ein Nein zur eidgenössischen Abstimmungsvorlage vom 24. November. (UW)

IN KÜRZE

KANTON URI

Parolen der Grünen Uri

Die Grünen Uri haben ein klares Ja für die Initiative «Isleten für alle» gefasst und laden die Stimmbürger ein, dies ebenfalls zu tun, heisst es in einer Medienmitteilung. Für die nationalen Abstimmungen empfiehlt die Partei ein Nein für die Mietrechtsvorlagen sowie für den Ausbau der Autobahnen. Für die Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung wurde Stimmfreigabe beschlossen. (UW)

ISENTHAL

Mann bei Bergunfall tödlich verunglückt

Am Montag, 4. November, gegen 16.45 Uhr, erhielt die Kantonspolizei Uri von der Rega die Meldung zu einem Bergunfall am Horn in Isenthal. Gemäss aktuellem Kenntnisstand befanden sich drei Männer auf dem Abstieg zwischen Sattel und Hornrüti, als einer von ihnen mutmasslich ausrutschte und rund 70 Meter einen Hang hinunterstürzte. Der 68-jährige Schweizer wurde dabei tödlich verletzt. Die beiden Begleiter blieben unverletzt. Der genaue Unfallhergang ist Gegenstand der laufenden Ermittlungen, welche durch die Kantonspolizei Uri, unter der Leitung der Staatsanwaltschaft Uri, erfolgen. Im Einsatz standen die Rega, ein lokales Bestattungsunternehmen, das Care Team Uri, die Staatsanwaltschaft Uri sowie die Kantonspolizei Uri. (Kapo)